

ökoforum bewertet den Kommissionsvorschlag zum sechsten EU-Forschungsrahmenprogramm

Mehr Rück- als Fortschritte

Mit ihren Vorschlägen für das sechste Forschungsrahmenprogramm hat die Europäische Kommission die Debatte über die EU-Forschungs-Schwerpunkte für die Jahre 2002-2006 eröffnet. Das Forschungsnetzwerk ökoforum kritisiert in seiner Stellungnahme insbesondere die Technologie- und Großforschungslastigkeit. Es fordert, Nachhaltigkeit in alle Programmbereiche als Leitbild zu integrieren.

Die Forschungsrahmenprogramme der EU legen Ziele, Inhalte und Instrumente der europäischen Forschungsförderung für jeweils fünf Jahre fest. Über den vorliegenden Entwurf des sechsten Rahmenprogramms (siehe *Kasten*) soll nach einer Diskussionsphase bis Mitte 2002 durch das Europäische Parlament und den Forschungsministerrat abschließend entschieden werden (1). ökoforum, eine Kooperation von Umweltforschungsinstituten im deutschsprachigen Raum (2), hat deshalb eine kritische Analyse und Bewertung der Kommissionsvorschläge aus Sicht der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung vorgelegt (3). Dieser Forschungsansatz ist dadurch gekennzeichnet, dass Nachhaltigkeitspro-

Von Thomas Korburn

bleme in ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension disziplinenübergreifend und unter Einbezug relevanter gesellschaftlicher Akteure und den ihnen eigenen Sichtweisen und Handlungskontexten bearbeitet werden (4).

Als übergreifende Kritikpunkte werden benannt:

- **Sehr starke Technologieorientierung:** In der Einleitung wird Nachhaltigkeit noch als Ziel genannt, in den prioritären Themenfeldern ist dieses aber nicht konkret umgesetzt. Durchgehend ist eine Beschränkung auf rein technologische Forschungsfragen erfolgt. Dass integrierte, problem- und akteursbezogene Forschungsansätze gefördert werden sollen, ist nicht erkennbar.

- **Die Vorsorgeorientierung** ist als Leitorientierung weitgehend aufgegeben worden; Ansätze

einer Folgenforschung zu technisch-naturwissenschaftlichen Innovationen sind marginal.

- **Die Perspektive ist globalistisch.** Der unterschiedliche Alltag von Menschen als eine entscheidende Handlungsebene für Problemursachen und -lösungen taucht nicht auf. Ebenso wenig werden die Probleme auf lokaler und regionaler Ebene angesprochen, und auch nicht in ihrer Wechselwirkung untereinander bzw. zur globalen Ebene. Beispiele aus den prioritären Themenfeldern mögen dies verdeutlichen:

- **Lebensmittelsicherheit und Gesundheitsrisiken:** Hier überwiegen Forschungen zu Produktionsverfahren, Nachweismethoden für gentechnische Veränderungen und Schadstoffe sowie medizinische Aspekte. Eine Systembetrachtung des Ernährungssektors fehlt vollständig. ökoforum schlägt vor, ein Themenfeld "Gesunde Lebensmittel, nachhaltige Landwirtschaft und Verbraucherschutz" zu entwickeln.

- **Luft- und Raumfahrt:** Das Thema Mobilität wird alleine auf den Luftverkehr reduziert, andere Aspekte werden nicht berücksichtigt. ökoforum fordert die Erweiterung des Themenfeldes zu "Nachhaltige Mobilität und Raumfahrt".

- **Nachhaltige Entwicklung und Globale Veränderungen:** Hier werden überwiegend technische Maßnahmen für die Reduzierung von Treibhausgasen in den Bereichen Verkehr und Energie benannt. Weitere Aspekte nachhaltiger Entwicklung und die Schaffung einer geeigneten Wissensbasis für die Regulierung grundlegender Problembereiche an der Schnittstelle von Gesellschaft und Natur fehlen. ökoforum hält einen breiten Themenbereich "Nachhaltige Entwicklung, integriertes Ressourcenmanagement und globale Umweltveränderungen" für nötig.

- **Kontrollierte Kernfusion:** Wesentliche Teile der dafür vorgesehenen Mittel sollten nach Meinung von ökoforum für die Erforschung einer nachhaltigen Energieversorgung und erneuerbarer Energien eingesetzt werden.

Durch die vorgeschlagenen *Förderinstrumente* werden institutionell abgesicherte, große Forschungseinrichtungen deutlich bevorzugt. Die Beteiligung von Wissenschafts-KMU im Non-Profit-Bereich wird auch durch die maximale Förderquote von 50 Prozent weitgehend unmöglich. Damit werden kleine, flexible Forschungsstrukturen aus der Entstehung des europäischen Forschungsraums strukturell ausgeschlossen.

Zusammenfassend gilt, dass transdisziplinäre Forschungsansätze im Kommissionsentwurf keinen nennenswerten Stellenwert haben und sozialwis-

Das sechste EU-Forschungsrahmenprogramm in Kürze

Leitgedanke der Vorschläge der Kommission ist, die europäische Forschungsförderung auf Bereiche zu konzentrieren, die nach ihrer Einschätzung besser im europäischen als im nationalen Rahmen bearbeitet werden können und bei denen die EU sich im Wettbewerb mit den USA oder Japan befindet (*europäischer Mehrwert*). Daher will die EU die Forschungsanstrengungen auf *neun prioritäre Themenfelder* konzentrieren:

1. Genomik und Biotechnologie im Dienste der Medizin,
2. Technologien für die Informationsgesellschaft,
3. Nanotechnologien, intelligente Materialien, neue Produktionsverfahren,
4. Luft- und Raumfahrt,
5. Lebensmittelsicherheit und Gesundheitsrisiken,
6. Nachhaltige Entwicklung und globale Veränderungen,
7. Bürger und modernes Regieren (Governance) in der Wissensgesellschaft,
8. Behandlung und Lagerung nuklearer Abfälle,
9. Kontrollierte Kernfusion.

Auch die Förderinstrumente sollen eine Bündelung der Kräfte und der Finanzen sicherstellen. Vorgesehen sind:

- **Großprojekte (*integrated projects*):** ähnlich wie im fünften Rahmenprogramm Konsortien zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und/oder Industrie

mit genau definierten Forschungszielen, die aber mit erheblich mehr Finanzvolumen als bisher (mehrere Zehnmillionen Euro) ausgestattet werden sollen,

- **Spitzenforschungsnetze (*networks of excellence*):** virtuelle Zentren aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Industrie, die mit einem gemeinsamen Arbeitsprogramm, allerdings ohne genau festgelegte Ziele und Ergebnisse, antreten und dafür mehrere Millionen Euro je Jahr erhalten sollen. Die Netze können ihrerseits Forschungsarbeiten ausschreiben und sie mit einem Teil ihrer EU-Mittel fördern.

- Eine Beteiligung der EU an nationalen Programmen, wenn diese von gemeinschaftsweitem Interesse sind und für Teilnehmer anderer Mitgliedsstaaten geöffnet werden (*Prinzip der variablen Geometrien*).

Diese Themen und Instrumente werden einschließlich der Mittel aus dem darin integrierten EURATOM-Rahmenprogramm (Themenfelder 8 und 9) mit 14 Milliarden Euro ausgestattet. Hier hinein fallen auch Forschungen zum "Zukünftigen Wissenschafts- und Technologiebedarf der EU". Hinzu kommen 3,5 Milliarden Euro für Infrastruktur, Austausch und Ergebnisverbreitung, was insgesamt eine 17-prozentige Mittelsteigerung gegenüber dem fünften Rahmenprogramm bedeutet.

senschaftliche, sozioökonomische und sozial-ökologische Ansätze nur marginal angesprochen werden. Für die weitere Ausarbeitung des sechsten Rahmenprogramms müssen Aspekte nachhaltiger Entwicklung in allen Forschungsbereichen zum Bestandteil der Analyse und Erarbeitung von Lösungskonzepten gemacht werden und dürfen nicht nur sektoral behandelt werden.

Anmerkungen

(1) Vgl. KOM (2001) 94 sowie KOM (2001) 279 endg. Alle EU-Dokumente zum sechsten Forschungsrahmenpro-

gramm im Internet: www.cordis.lu/rtd2002

(2) Mitgliedsinstitute sind: Contract, Karlsruhe; Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Berlin; Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), Frankfurt/Main; Katalyse, Köln; Öko-Institut, Freiburg; Öko-Institut Südtirol, Bozen (Italien); Ökologie-Institut Österreich, Wien (Österreich).

(3) ökoforum (Hrsg.): Kritische Analyse des 6. Forschungsrahmenprogrammes der EU aus der Sicht der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung, Frankfurt 2001. Bearbeitung: T. Jahn und U. Ilgmann unter Mitarbeit von H. Glauber, T. Korbun, W. Sieber und S. Ulmer. Pdf-Download in Deutsch und Englisch: www.oekoforum.org

(4) Vgl. ISOE: Sozial-ökologische Forschung. Rahmenkon-

zept für einen neuen Förderschwerpunkt, Frankfurt/Main 1999; BMBF: Rahmenkonzept Sozial-ökologische Forschung. Bonn 2000. Dem österreichischen Forschungsrat liegt derzeit ein neues Forschungsprogramm "Sozial-ökologische Zukunftsforschung" zur Entscheidung vor.

Der Autor

Thomas Korbun ist Wissenschaftlicher Geschäftsführer des IÖW.

Kontakt: IÖW, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin.
Tel. 030/ 8845940, Fax 030/ 8825439,
E-mail: Thomas.Korbun@ioew.de

Fortschritte auf dem mühsamen Weg zur Regulierung des Elektro(nik)schrotts

Warten auf die EU

In der Europäischen Union sammeln sich jährlich Millionen Tonnen ausgedienter Elektrogeräte an. Allein 1,8 Millionen Tonnen davon in Deutschland. Dennoch passiert hierzulande und in den meisten EU-Staaten wenig. Höchste Zeit also für eine europaweite Richtlinie, die eine sachgerechte und solide finanzierte Entsorgung dieses Problemülls festschreibt.

Die Europäische Union hat das jahrzehntelang vernachlässigte Problem Elektroschrott nun in Angriff genommen. Der Umweltministerrat hat Anfang Juni eine Richtlinie auf den Weg gebracht, die die Industrie stärker in die Pflicht nimmt. Ab dem Jahr 2004 sollen Hersteller von Elektronikgeräten dazu verpflichtet werden, sämtliche Altgeräte zurück zu nehmen und sachgerecht zu entsorgen. Falls der Gesetzentwurf in der vorgesehenen Form verabschiedet wird, steht die Elektronikindustrie vor großen Herausforderungen. Demnach werden ausgediente Computer, Waschmaschinen und Handys künftig als Sondermüll eingestuft, der extra gesammelt und entsorgt werden muss. Gleiches gilt für den so genannten historischen Müll, das sind Geräte, die noch in Gebrauch sind, deren Hersteller es jedoch nicht mehr gibt. Eine Recyclingquote soll ferner dafür sorgen, dass möglichst viele Bestandteile der Altgeräte wieder verwendet werden. Nach Vorstellung der Umweltminister sollen auch Problemstoffe wie Cadmium, Blei und Quecksilber bis 2007 aus den Geräten verschwinden. Der Vorschlag bleibt insgesamt allerdings deutlich hinter den Forderungen des Europäischen Parlaments zurück (1). Prinzipiell zeigt sich die Elektronikbranche mit dem umfassenden Vorschlagskatalog einverstanden, doch wie so oft steckt der Teufel im Detail. Vor

allem wenn es um die Finanzierung einzelner Maßnahmen geht. Zwar konnte man sich darauf einigen, dass die Branche kollektiv für die Entsorgung historischer Altgeräte aufkommt. Die Geister scheiden sich jedoch an der Frage der Kostenübernahme für die Sammlung gebrauchter Elektrogeräte. Ungeklärt ist derzeit, ob die Sammlung über zentrale Stellen abgewickelt wird oder jeder Hersteller die Gebrauchtgeräte direkt "ab der Haustür" abnehmen muss. Würde letzteres zutreffen, sieht der Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) zusätzliche Kosten in Höhe von mehreren Milliarden Euro auf die Branche zukommen. Daher lehnt er diese Regelung ab (2).

Nicht zuletzt aus diesem Grund liegt in Deutschland ein noch von der Kohl-Regierung stammender Entwurf einer nationalen Informationstechnik- bzw. Elektronikschrott-Verordnung immer noch auf Eis, derzeit beim Wirtschaftsausschuss des Bundesrates.

Andere Länder warten hingegen nicht auf die EU, sondern sind mit gutem Beispiel vorangegangen. Neben Dänemark und den Niederlanden ist seit Juli auch in Schweden eine entsprechende Regelung in Kraft, die die Produzenten zur Kostenübernahme verpflichtet (3).

Während die Industrie die reinen Sammlungskosten durch die Produktgestaltung nicht beeinflussen

kann, sieht dies bei den Kosten für Recycling und Schrottentorgung anders aus. Durch intelligentes Produktdesign kann die Industrie hier durchaus Verantwortung übernehmen und gleichzeitig Kosten einsparen. Nach einer Untersuchung von oekom research haben lediglich einzelne Unternehmen diese Chance bisher genutzt. So bringt etwa der japanische Hersteller Ricoh seit 1993 nur noch Kopierer auf den Markt, die komplett zerlegbar sind und größtenteils wieder verwendet werden können. Das modernste Gerät auf dem Markt ist nach Unternehmensangaben bis zu 98 Prozent recyclingfähig.

Teilweise ist die Industrie bereits auf der Suche nach kosteneffektiven Entsorgungssystemen. So wollen Siemens und Fujitsu in einem Joint-Venture ein europäisches Computer-Recycling-Netzwerk aufbauen. Geplant ist, auch Produkte anderer Hersteller zu rezyklieren und etwa 90 Prozent aller Bauteile aus Kunststoff und Metall wiederzuverwerten. Bisher nehmen jedoch nach einer Umfrage der Verbraucherzentrale NRW nur etwa 20 Prozent der Firmen PC-Schrott an (4).

Zunächst liegt es jedoch an Parlament und Ministerrat, sich zu einigen und an den EU-Mitgliedstaaten, die Richtlinie dann bis Ende 2002 in nationales Recht umzusetzen.

Anmerkungen

(1) Richtlinienentwurf KOM 2000(347)-1 und -2, Parlamentsentschießungen A5-0146 und A5-0148/2001.

(2) Pressemitteilung des ZVEI vom 7. Juni 2001.

(3) Nähere Informationen unter www.internat.environ.se/documents/issues/technic/electric.htm

(4) Vgl. www.vz-nrw.de/pc-schrott

Die AutorInnen

Daniela Stark ist freiberuflich als Journalistin tätig, Jan Nill ist verantwortlicher Redakteur von Ökologisches Wirtschaften.

Kontakt: Daniela Stark, Tel. 089/ 54072909,
E-mail: DanielaStark@aol.com

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.